

»Die Landeskulturpolitik braucht neue Konzepte«

Interview mit Karsten Rudolph, MdL

KuMi: Der Entwurf der Landesregierung für den Haushalt 2004/2005 sieht vor, dass die Einrichtungen/Programme des Landes (bzw. mit hoher Landesbeteiligung) weitestgehend von Kürzungen verschont bleiben, während die Kommunen und Freien Träger überproportionale Einbußen zu verkraften haben. Verabschiedet sich das Land aus der »Verantwortungspartnerschaft« mit diesen Akteuren?

Karsten Rudolph: Nein, weder das Land noch irgendjemand anderes darf sich aus der gemeinsamen »Verantwortungsgemeinschaft« herausstellen. Wenn sie keine Schönwettererscheinung werden will, muss sie sich gerade jetzt – im schlechten Wetter der Finanzkrise – bewähren. Klar ist: Das Land hat gegenüber den eigenen Einrichtungen eine besondere Verantwortung. Das kann auch nicht anders sein. Aber auch sie können von Kürzungen nicht von vornherein freigestellt werden. Das werden sie auch nicht. Mit anderen Worten: Wir dürfen kein Schwarzes-Peter-Spiel in der Kulturpolitik zulassen. Meine Erfahrung der letzten Wochen ist, dass es überall eine große Bereitschaft gibt, die Notlage des jeweils anderen Partners wahrzunehmen und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen.

Der Kulturausschuss des Städtetags NRW hat vor diesem Hintergrund Konzepte mit langfristiger Perspektive angemahnt, um nicht in jedem Jahr aufs Neue die Existenzfrage bei wichtigen Kultureinrichtungen stellen zu müssen. Hat die Landeskulturpolitik kein Konzept?

Die Landeskulturpolitik braucht neue Konzepte – nicht nur wegen der Haushaltslage. Hier sehe ich inzwischen viel Bewegung und neue Ideen. Die Kulturinitiative der NRW-SPD ist selbst dabei, einen Leitfaden für die Landeskulturpolitik zu erarbeiten, der über den Tag hinausweist. Wir brauchen einen zielorientierten kulturpolitischen Diskurs und einen neuen kulturpolitischen Konsens. Dabei geht es darum, neuen Balancen zu finden: z.B. zwischen öffentlicher Hand, drittem Sektor und Privaten, aber auch zwischen einem definierten Kernbereich landespolitischer Aufgaben und ausführenden Aktivitäten; schließlich zwischen den Landes- und interkommunalen Einrichtungen, regionaler, kommunaler und freier Kulturförderung.

Die Förderung der Darstellenden Kunst (insbesondere des Theaters) nimmt im Kulturhaushalt des Landes einen immer größeren Raum ein, während etwa die Literatur- und kulturelle Filmförderung, die Förderung der Bibliotheken und insbesondere die spartenübergreifenden Projektfördermittel in den Bereich der Marginalität abrutschen. Gibt es Gründe für diese Ungleichbehandlung und stimmt die Balance noch, die aus der Perspektive einer Gesamtver-

antwortung für alle Sparten und Bereiche der Kultur einzufordern ist?

Die parlamentarischen Beratungen des Landeshaushalts werden nicht folgenlos sein. Konkret: Bei den Literaturbüros und den Filmwerkstätten muss der Regierungsentwurf nachgebessert werden. Aber es gibt auch noch andere Stellen ...

Zum Beispiel die Kultursekretariate in Wuppertal und Gütersloh? Sie galten doch einmal als Vorzeigeeinrichtungen des Landes. Seit Jahren müssen sie schon um ihren Ansatz im Landeskulturretat kämpfen und jetzt soll er von 1,5 Mio. Euro auf 0,5 Mio. Euro reduziert werden. Warum zieht sich das Land aus der Förderung zurück und was soll an die Stelle treten?

Hier sind wir an einem Punkt, wo es um eine Neuordnung regionaler Strukturpolitik – ich würde lieber sagen Entwicklungspolitik – geht. Wenn absehbar ist, dass aufgrund unabwiesbarer Kürzungen beide Sekretariate nicht mehr leben können, ist zu fragen, ob wir uns statt dessen nicht auf ein lebensfähiges Kultursekretariat besinnen müssen.

Die verschiedenen Fördertöpfe des Landes (inkl. der Regionalen Kulturpolitik), aus denen die Kulturprojekte jenseits der großen Häuser unterstützt werden und die deshalb das dezentrale Kulturprofil des Landes nachhaltig befördern haben, werden faktisch halbiert. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Hier muss ein klares Zeichen gesetzt werden, dass wir die regionale Kulturpolitik nicht aufgeben wollen. Ursprünglich sollte die regionale Kulturförderung halbiert werden. Der Regierungsentwurf sieht jetzt für 2004 eine Kürzung um ein Drittel, in 2005 ein »Überrollen« und ein kleines Plus vor. Daneben brauchen wir aber auch eine Klärung, wer was in Zukunft fördern soll. Die Kommunaltheater sind jetzt dort etatisiert, wo sie eigentlich hin gehören: ins GFG. Gehören die kommunalen Orchester nicht auch ins GFG? Und weiter gefragt: Was macht eigentlich ein Landestheater oder ein Landesorchester aus? Mein Eindruck ist, um es frank und frei zu sagen: Das, was früher qua Haushaltsansatz im Landesetat als besondere Leistung der Landespolitik herausgestrichen wurde, gerät jetzt in einem Bumerangeffekt nur allzu leicht unter die Räder der schwierigen Haushaltslage des Landes. Anders gesagt: Die Leistung der Landespolitik für die kommunalen Theater liegt inzwischen darin, dass wir ihnen einen verlässlichen und zukunftsfähigen Platz im GFG besorgt haben und nicht mehr darin, dass wir die Mittel im Landesetat veranschlagen.

Karsten Rudolph ist Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.



Ein Kennzeichen rot-grüner Gesellschafts- und Kulturpolitik besteht in der Förderung von Projekten und Initiativen jenseits der etablierten Institutionen, ohne diese damit diskreditieren zu wollen. Viele neue Ideen und Initiativen sind auf diese Weise gefördert worden und haben das vielgestaltige Kulturprofil in Nordrhein-Westfalen geprägt und bürgerschaftliches Engagement aktiviert. Jetzt steht zu befürchten, dass durch die Sparpolitik des Kulturministers eine strukturelle Flurbereinigung stattfindet, der vor allem diejenigen Einrichtungen und Projekte zum Opfer fallen, die sich diesem Politikkonzept verbunden fühlten. Was kann der sozialdemokratische Kulturpolitiker tun, um diesem Trend gegen zu steuern?

Hier sehe ich ein zentrales Problem. Wie schaffen wir uns eine »freie Spitze« für Innovationen? Zur Zeit gibt es keine befriedigende Lösung im Rahmen des Landeskulturretats. Deswegen brauchen wir mehr Geld für Kultur.

Die Erfindung der Regionalen Kulturpolitik und der Ruhrtriennale markierte noch in der Ägide von Kulturministerin a.D. Ilse Brusis ein neues Selbstverständnis der Landeskulturpolitik. Sie verstand ihre Rolle nicht mehr nur komplementär zu den Aufgaben der Kommunen, sondern wollte auch kraft eigener Kompetenz neue Akzente setzen und eine Kulturstrukturpolitik betreiben. Welche neuen Akzente erkennen Sie gegenwärtig und worin könnte eine aktive Kulturstrukturpolitik des Landes bestehen?

Eine neue Strategie der Landeskulturpolitik braucht drei Elemente: Erstens ein Zielkonzept für ein unverwechselbares nordrhein-westfälisches Kulturprofil, mit dem programmatisch ausgewiesene Förderkonzepte implementiert werden können. Zweitens müssen wir eine zeitgemäße und nachhaltige Balance zwischen Akteuren, Inhalten und Strukturen finden. Drittens brauchen wir eine Politik der »Flexicurity«, soll heißen Struktur- und Organisationsreformen, die Verlässlichkeit bieten, aber gleichzeitig Neues befördern. Wir wollen Entwicklung, keine Brüche. Deswegen müssen wir über neue Instrumente zur Qualitätssteigerung, eine Regionalisierung und Flexibilisierung von Fördermitteln, Fonds- und Budgetierungslösungen, mehr Selbstständigkeit für Kultureinrichtungen und zeitlich definierte Subventionszyklen bei dauerhaft subventionierten Institutionen reden. Nur so werden Veränderungen möglich. Dass sich die Wirklichkeit längst verändert hat und weiter verändern wird, ist ja nicht nur ein Ergebnis der momentanen Finanzkrise der öffentlichen Hand, sondern auch des gesellschaftlichen Wandels. Und der schlägt sich in einer quantitativen Ausweitung der Kulturangebots ebenso nieder wie in seiner Diversifizierung. Die sogenannte Hochkultur bedient ja längst nicht mehr ein borniertes Bildungsbürgertum. Künstlerische Spitzenleistungen – das zeigt etwa die Triennale – finden einen massenhaften Zulauf.

Die Fragen für die Redaktion der Kulturpolitischen Mitteilungen (KuMi) stellte Norbert Sievers.

»Uns vergeht hören und sehen ... Kulturschredder Landesregierung«

Eine Aktion des Kulturrat NRW e.V.

Neben seiner kulturpolitischen Argumentation, die er in zahlreichen Gesprächen, Interviews und in einer gemeinsamen Stellungnahme mit der *Kulturpolitischen Gesellschaft* zum Haushaltsentwurf des *Ministers für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW* am 20.11.2003 veröffentlicht hat, startete der *Kulturrat NRW* in der 48. Kalenderwoche seine breit angelegte Protestkampagne gegen die vorgesehenen Kürzungen. Nach dem Prinzip der kleinen, aber schmerzhaften Nadelstiche gegenüber den politisch Verantwortlichen soll eine große Öffentlichkeit für den Erhalt der kulturellen Grundversorgung und der kulturellen Vielfalt mobilisiert werden. Die Aktion geht von dem Grundgedanken aus, dass die Kulturförderung in Nordrhein-Westfalen durch den »Schredder« geschickt, so zur Unkenntlichkeit verkleinert und dann der endgültigen Auflösung preisgegeben wird. Hunderte von Beuteln und Briefen mit »Kulturschredderstreifen« wurden an die Landtagsabgeordneten und die Presse verschickt. Die Streifen können auf Briefe, Konzepte, Veranstaltungskalender, Plakate, Programmhefte, Flyer, Eintrittskarten, Einladungen, Protokolle, Förderanträge, Petitionen, Projektberichte u.v.m. geklebt werden und erreichen so die notwendige öffentliche Aufmerksamkeit. Auf der Internetseite www.kulturschredder-landesregierung.de kann sich jeder »Schredder« bestellen oder downloaden und zur eigenen Verwendung ausdrucken. Wenn es gelingt, die Kulturschaffenden und die

interessierte Öffentlichkeit zu einer gemeinsamen Protestaktion zu motivieren, dann wird in die Haushaltsberatungen gewiss noch die notwendige und gerade für die nichtstaatlichen Einrichtungen und freigemeinnützigen Akteure überlebens-wichtige Bewegung kommen. Am 16.12.2003 um 16:45 Uhr findet darüber hinaus im ZAKK in Düsseldorf eine Zwischenbilanz des bisherigen Verlaufes der Aktion statt und ein Gespräch mit den Vertretern der Regierungsfractionen.

Dr. Hans-Georg Bögner, Vorsitzender des Kulturrats NRW

